

DDHW

Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer

587

DDHW • Blücherstraße 39 • 95030 Hof

Vorab per Telefax: 600 -

Landgericht Hof
Abteilung für Strafsachen
Berliner Platz 1
95030 Hof

Hof, den 08.07.2019
Jürgen Schmidt/ms
Unser Zeichen: 000713-16
Sekretariat: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Durchwahl: [REDACTED]

AZ: 2 Ns 36 Js 8205/13

In dem Strafverfahren

gegen

Fitzek, Peter

wird beantragt,

den Unterzeichner als Pflichtverteidiger zu entbinden.

Justizbehörden HOF

- 8. Juli 2019

Gemeinsame Einlaufstelle
Telefax (LG) 600190

**HOF
PLAUEN
CHEMNITZ**

Partnerschaft

Eintragung im
Partnerschaftsregister Nr. 2
Amtsgericht Hof

Hauptniederlassung: Hof/Saale

Internet: www.ddhw.de
Email: info@ddhw.de

Rechtsanwälte:

Reiner Denzler 1
Dr. Christoph Bahmann 1
Kay Werner 2
Jürgen Schmidt 1
Reinhard Saalfrank 1
Christoph Kehl 1
Marina Renner 1
Ulrike Stehlin-Friedrich 1
Fachanwältin für Familienrecht
Sandra Taubert 2
Fachanwältin für Verkehrsrecht
Günter Franke 2
Yves Martin 2

Steuerberater /

Wirtschaftsprüfer:

Diplom-Kaufmann
Josef Hauke

Zulassungssitz

Ziffer 1: Hof
Ziffer 2: Plauen

In Kooperation mit:

Goll & Hauke GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Blücherstraße 39
95030 Hof
Tel.: 09281/84006120
Fax: 09281/84006111
www.goll-hauke.de

Blücherstraße 39
95030 Hof
Tel. 09281/78940
Fax 09281/789470

Internet: www.ddhw.de
UST-IdNr. DE132940851

Gutenbergstraße 12
08523 Plauen
Tel. 03741/70040
Fax 03741/700423

Kontakt Chemnitz
(Zweigstelle)
Tel. 0371/3552790

Bankverbindung:

Hypo Vereinsbank Hof
BLZ: 780 200 70, Kto.Nr. 2 299 445
IBAN: DE31780200700002299445
BIC: HYVEDEMM424

Commerzbank Hof
BLZ: 780 400 81, Kto.Nr. 785 198 300
IBAN: DE91780400810785198300
BIC: COBADEFFXXX

VR Bank Hof eG
BLZ: 780 608 96, Kto.Nr. 77330
IBAN: DE2078060896000077330
BIC: GENODEF1H01

BLZ: 780 608 96, Kto.Nr. 2 560 186
IBAN: DE93780608960002560186
BIC: GENODEF1H01

588

Begründung:

Nachdem der Angeklagte bereits in seinem letzten Wort anlässlich der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Hof am 05.07.2019 den Unterzeichner mehrfach als „zweiten Staatsanwalt“ sowie als auch „Anwalt des Systems, sowie Vertreter des Kapitals“ bezeichnet hat, „der nicht bereit ist, ihm zu helfen“ sowie davon sprach, dass der Unterzeichner ihn „verraten“ habe, ist nach hier vertretender Ansicht das Vertrauensverhältnis zwischen den Angeklagten und dem Unterzeichner aus diesem Grunde sowie aus weiteren Gründen nachhaltig und irreparabel zerstört.

Auf der Internetseite „Königreich Deutschland“ ist über den Hauptverhandlungstermin vom 05.07.2019, betreffen die Person des Unterzeichners, folgendes zu lesen:

„Der "zweite Staatsanwalt" wie Peter seinen vom Gericht aufgenötigten Pflichtverteidiger nannte, schadete, wo er nur konnte, klebte wie Kaugummi am Schuh auf seinem sehr gut bezahlten Verteidigerstuhl fest und das, obwohl sowohl Peters Wahlverteidigerin als auch Peter selbst diesen wegen einem schwer gestörten Vertrauensverhältnis, welches schon an Parteiverrat erinnerte, loswerden und entlassen wollte.

Das Gericht lehnte die Abwahl oder Entlassung des Pflichtverteidigers ab, und so saß er kostenverursachend weiter dort, wo er so viel Schaden wie möglich anrichten konnte. Dass er dies wollte, das zeigten schon seine Taten und dann noch viel mehr sein Schlussplädoyer, was weder durch Peter noch durch seine Wahlverteidigerin verhindert werden konnte. Der "zweite Staatsanwalt" forderte als Pflichtverteidiger auch prompt Peters Verurteilung! Die Wahlverteidigerin verstand die Welt nicht mehr! Es interessierte überhaupt nicht, dass das Vertrauensverhältnis schwer gestört war, es interessierte das Gericht nur, noch einen "zweiten Staatsanwalt" im Raum zu haben, der übrigens auch in den Pausen am allerliebsten mit dem eigentlichen Staatsanwalt zusammenstand, wobei man sich ungezwungen unterhielt. Kannte man sich aus verschwiegeneren Kreisen?

589

- 3 -

Auch ein hochrangiger Polizist wurde, genau wie der Staatsanwalt und andere Gerichtsbedienstete, schon von Anbeginn freundlichst vom "zweiten Staatsanwalt" an Peters Seite begrüßt und es wurde ungezwungen geplaudert.

..... Die "Organe der Rechtspflege", also RichterIn, Staatsanwaltschaft und Pflichtverteidiger, haben vollendet zusammengearbeitet, um die offensichtlich ergangene Order vom Justizministerium umzusetzen und Peter ganz sicher wieder zu einer erneuten Haftstrafe zu verurteilen. So zumindest konnte es nur auf einen unparteilichen Beobachter wirken.

Der Anschein zur Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz im sog. "Freistaat Bayern", von einer angeblichen Unabhängigkeit des Gerichtes und von einer Fürsorge des Staates zu einer wirksamen Verteidigung eines jeden Angeklagten durch einen Pflichtverteidiger bröckelte hier nicht nur, all dies wurde hier völlig ad absurdum geführt."

In einer Gesamtschau des Verhaltens in der Hauptverhandlung einerseits, während des letzten Wortes sowie insbesondere der nachgerichtlichen Berichterstattung („Parteiverrat“) ist es dem Unterzeichner nicht mehr zumutbar sein, eine vernünftige rechtliche Vertretung zu gewährleisten.

Aus Gründen des guten Anstands bleiben die insoweit zitierten im Übrigen unkommentiert.


Jürgen Schmidt
Rechtsanwalt